Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/166
20.02.2013

Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

6. Sitzung (öffentlich)

20. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Daniela Jansen (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Beschluss der 7. Frauen-Vollversammlung des DOSB zur Quotenregelung 3

Bericht des Landessportbundes

Mona Küppers (Landessportbund NRW) berichtet.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/498 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/482 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2)
Vorlage 16/554 (Präsentation MGEPA – Haushalt 2013)
Vorlage 16/523 (Berichterstattergespräch)

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten zu.

3 Hochschulautonomie zukunftsgerecht weiterentwickeln – Demokratische Strukturen stärken, Verantwortung des Landes wahrnehmen 14

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1898

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1962

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Piraten und Nichtanwesenheit der FDP, sich an der geplanten Anhörung im federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung pflichtig zu beteiligen.

4 Aus- und Fortbildung der Polizei zur Umsetzung des § 34a PolG NRW (Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt) 15

Vorlagen 16/369 und 16/644

MR Doris Tinnermann (MIK) und KD Stephan Wey (MIK) berichten.

5 Verschiedenes 21

Der Ausschuss beschließt für den 17. Mai 2013 eine Fahrt nach Alkmaar zum Oranje Huis.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/498 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/482 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2)
Vorlage 16/554 (Präsentation MGEPA – Haushalt 2013)
Vorlage 16/523 (Berichterstattergespräch)

Vorsitzende Daniela Jansen teilt mit, für diese Sitzung sei die Aussprache vorgesehen. Gegebenenfalls könnten Änderungsanträge der Fraktionen eingebracht werden. Anschließend erfolge die Abstimmung.

Gerda Kieninger (SPD) meint, mit diesem Haushalt könne man zufrieden sein.

Die Aufstockung im Bereich Gewalt gegen Frauen sei überrollt worden. Damit sei die SPD sehr zufrieden.

Die SPD sei auch zufrieden mit dem Bereich Emanzipation. Denn der Aktionsplan werde weitergeführt.

Ein kleiner Wermutstropfen sei die Kürzung bei den Kompetenzzentren. Diese 2 Millionen € würden aber jetzt tatsächlich nicht verausgabt. Denn so gut wie alle Kompetenzzentren seien am Start.

Diese Kompetenzzentren hätten sich an die Arbeit gemacht. Es gebe viele Veranstaltungen im Land. Sie sei neulich auf einer Netzwerkveranstaltung in Dortmund gewesen, an der 120 Frauen teilgenommen hätten. Sie sei sehr erstaunt gewesen über die große Resonanz auf diese Veranstaltung.

Ihres Erachtens sei ein ganz wichtiger Punkt, dass diese Kompetenzzentren das Potenzial von Frauen auf dem Markt richtig darstellen müssten und in die Unternehmen bringen müssten. Das sei seinerzeit unterbrochen worden durch die Zerschlagung der damaligen Regionalstellen. Die heutigen Kompetenzzentren seien anders ausgerichtet. Es gebe eine Stelle auf Landesebene, bei der alle Fäden zusammenliefen. Die Netzwerke im Land würden wieder gepflegt statt zerstört.

Sie könne kaum verstehen, dass im HFA dazu noch Anträge gestellt würden. Die Kürzung in Höhe von 2 Millionen € sei begründet. Der Antrag, eine weitere Kürzung in Höhe von 3 Millionen € vorzunehmen, würde die Struktur im Land wieder zerschlagen.

Die SPD sei mit dem Haushalt im Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation zufrieden und hoffe, dass weiterhin im Land eine so gute Arbeit geleistet werden könne, wie sie bisher geleistet worden sei.

Josefine Paul (GRÜNE) hebt hervor, das Tischtuch sei an allen Ecken und Enden zu kurz. Das bedeute für die Landesregierung, dass sie Prioritäten setzen müsse. Sie sei sehr froh, dass diese Landesregierung die Prioritäten so setze, wie das im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei.

Es gebe abgesehen von den von Frau Kieninger genannten 2 Millionen € keine Kürzungen. Es werde überrollt. Diese Landesregierung mache ernst damit, Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen und Gleichstellung zu einem Querschnittsprinzip der Landesregierung zu machen.

Auch die Maßnahmen gegen Homophobie würden im Haushalt ein weiteres Mal überrollt. Man sei in der Lage, die Maßnahmen im Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie anzugehen. Selbstverständlich könne nicht alles auf einmal gemacht werden. Man werde das sukzessive machen müssen. Man sei leider nicht bei „Wünsch dir was“, sondern müsse vernünftige und nachhaltige Haushaltspolitik betreiben. Das gehe nur, wenn man Prioritäten setze.

Sie sei sehr froh, dass die Prioritäten von dieser Landesregierung anders gesetzt würden als von der schwarz-gelben Landesregierung, die in der Fraueninfrastruktur viel gekürzt habe. Das habe repariert werden müssen. Das habe die Landesregierung getan. Nun werde man auf dem Niveau weitermachen. Das sei man den Frauen im Land schuldig. Man könne es sich nicht leisten, wieder an den Infrastrukturen beispielsweise im Bereich Frauenhäuser zu kürzen.

Ihre Fraktion sei zufrieden. Natürlich dürfe es immer ein bisschen mehr sein. Aber unter den derzeitigen Haushaltsgegebenheiten habe diese Landesregierung die richtigen Prioritäten gesetzt.

Regina van Dinther (CDU) teilt mit, ihre Fraktion sei nach intensiver Beschäftigung mit dem Haushalt zu dem Ergebnis gekommen, dass sie den Weg, den sie eingeschlagen habe, als sie im Land die Verantwortung getragen habe, weitergehen werde. Deshalb werde die CDU im Haushalts- und Finanzausschuss ein entsprechendes Gesamtkonzept vorlegen.

Susanne Schneider (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion vertrete zu den Kompetenzzentren eine andere Meinung. Ihr wäre es lieber gewesen, sie nahezu ganz zu streichen. Denn es handele sich um einen sehr kleinen Haushalt. Im Bereich häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen werde jeder Euro gebraucht. Dieses Geld könne nicht für irgendwelche Prestigeprojekte verpulvert werden.

Auf die Bitte von **Bernhard Tenhumberg (CDU)** informiert **MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGEPA)**, Überschreitungen habe es 2012 nicht gegeben.

Es habe für die Berichterstattung im Haushalts- und Finanzausschuss die Liste der zehn größten Mehr- oder Minderausgaben gegeben. Die dürfte den Ausschussmitgliedern vorliegen. Die könne aber auch gern noch einmal zur Verfügung gestellt werden.

Die Minderausgaben bei den Kompetenzzentren hätten zu der Kürzung bei den Kompetenzzentren geführt.

Der **Ausschuss** stimmt dem Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten zu.